

PRESSEMELDUNG

14. April 2020

MIT Baden-Baden/Rastatt unterstützt Exit-Vorschläge

Dr. Bippes fordert klaren Fahrplan zum Wiederaufstart der Wirtschaft

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Baden-Baden/Rastatt fordert, dass die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten bei ihrem Treffen am Mittwoch einen klaren Exit-Fahrplan erarbeiten: „Wir brauchen eine Perspektive, wann das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben vorsichtig wieder aufgenommen werden kann“, sagt Dr. Anemone Bippes, Vorsitzende der MIT Baden-Baden/Rastatt. „Es geht nicht um eine Rückkehr zu vollständiger Normalität. Aber man sollte schon festlegen, in welchen Stufen und unter welchen Auflagen unsere Geschäfte, Schulen und Behörden in unsere Region wieder geöffnet werden, und wann private und berufliche Treffen stattfinden können.“

Dabei sei nicht der konkrete Tag entscheidend, so Anemone Bippes: „Wichtig ist nur, dass eine Perspektive absehbar ist. Dies wird sicher nicht die Disziplin mindern, sondern sie im Gegenteil erhöhen.“ Dr. Anemone Bippes unterstützt dabei die Vorschläge der Leopoldina-Wissenschaftler. „Das Wiederaufstarten des Wirtschaftslebens darf natürlich nur unter Beachtung strenger Auflagen zum Gesundheitsschutz erfolgen. Wir wissen leider noch immer viel zu wenig über den Virus. Das muss sich bald ändern. Es gibt keinen Gegensatz ‚Wirtschaft versus Gesundheitsschutz‘, sondern es geht um Wirtschaft mit Gesundheitsschutz.“

Konkret fordert die MIT Baden-Baden/Rastatt folgende Auflagen und Bedingungen:

- Verpflichtender Mundschutz in Einzelhandelsgeschäften und überall dort, wo Kundenkontakt besteht. Das Stichwort müsse lauten: Erst Mundschutz auf, dann Geschäfte auf.
- Strikte Abstandsregeln und Hygienevorschriften, die in Zusammenarbeit mit Experten für jede Branche zu erarbeiten sind. „Hygiene, Abstand und Mund-Nasenschutz sind derzeit unsere stärksten Antworten auf das Virus“, so Anemone Bippes.
- Einsatz einer EU-weiten Warn-App, um Kontakte mit infizierten Personen zurückverfolgen zu können.

Wichtig ist der MIT Baden-Baden/Rastatt, dass der Einstieg ins Wirtschaftsleben bundesweit einheitlich organisiert wird: „Es verstehen weder Unternehmer noch Verbraucher, wenn Baumärkte in einem Bundesland schließen müssen, während sie im benachbarten Bundesland geöffnet sind. Wir brauchen bundesweit einheitliche Standards, die nur in bestimmten Fällen regionale Ausnahmen zulassen“, sagt Anemone Bippes.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.